



Internationale Arbeitsorganisation, ILO Berlin
Karlplatz 7, 10117 Berlin, Tel.030 – 280.926.68 Fax 030 – 280.464.40
Email: berlin@ilo.org Internet: www.ilo.org/berlin

Erfahrungen und Empfehlungen der ILO über Kinderarbeit in Zeiten der Krise

Da über die Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Kinderarbeit bislang nur wenige Daten vorliegen, ist es umso wichtiger, auf die Erfahrungen vergangener Krisen zurückzugreifen und daraus Handlungsmöglichkeiten abzuleiten.

Erfahrungen aus bisherigen Krisen:

Krisenfolgen, die sich auf Kinderarbeit auswirken, sind insbesondere

- Einkommensverluste auf Ebene der privaten Haushalte
- Probleme beim Zugang zu Krediten,
- geringere Rücküberweisungen von Migranten,
- potenzieller Rückgang der Entwicklungshilfeszahlungen,
- schrumpfende Bildungsetats,
- eine stärkere Informalisierung der Wirtschaft.

Es lassen sich zwei gegensätzliche Krisenfolgen beobachten:

1. Verarmung infolge der Krise zwingt einige Eltern, ihre Kinder arbeiten zu schicken.
2. In anderen Fällen bedeutet wachsende Arbeitslosigkeit, dass Kinder keine Arbeit finden und stattdessen lieber weiter zur Schule geschickt werden.

Welcher der beiden Effekte eintritt, hängt von mehreren Faktoren ab:

- ob den Familien andere Ressourcen zur Bewältigung der Krise zur Verfügung stehen (etwa Mikrokredite);
- ob die Wirtschaftsstruktur Kinderarbeit begünstigt (insbesondere ein großer informeller Sektor);
- und schließlich von der Politik des jeweiligen Landes (etwa Schulbildung, Sozialprogramme gezielt für Arme).

Konkrete Erfahrungen der ILO:

In den ärmsten Ländern nehmen Familien ohne Zugang zu Krediten ihre Kinder häufig von der Schule und schicken sie arbeiten, um die Krise durchzustehen. (In Nicaragua dagegen konnte in der „Kaffee Krise“ 2000-01 der Grundschulbesuch durch gezielte Sozialprogramme für die betroffenen Familien sogar gesteigert werden.)

In *Middle-Income Countries* mit hoher Einschulungsrate sind die negativen Auswirkungen der Krise auf den Schulbesuch deutlich geringer, wahrscheinlich auch wegen mangelnder Arbeitsmöglichkeiten für Kinder infolge der Krise. (In Peru etwa lag während der Krise 1991 der Schulbesuch sogar höher als in den Vorjahren.)

Zusammenfassung: Am schlimmsten betroffen sind Kinder in armen Ländern und hier wiederum vor allem in armen Familien. Gezielte Sozialschutzmaßnahmen und Mikrokreditprogramme wirken dem jedoch entgegen. (Aktuelles Problem: Mikrokreditinstitute sind selbst betroffen von der Krise und müssen evtl. den Umfang ihrer Programme einschränken.)

Beobachtungen in der aktuellen Finanzkrise:

Ca. 40 % aller Entwicklungsländer dürften besonders betroffen sein von einer Verschlimmerung der Armut infolge der aktuellen Krise. Das ILO-Programm zur Bekämpfung der Kinderarbeit (IPEC) identifizierte als Hochrisikoländer Kambodscha, Mali, die Mongolei und Sambia.

Die Mongolei hat inzwischen Geberzusagen erhalten für ein neues Programm „Bereitstellung von Bildung für Arme in der Krise“. Kambodscha befindet sich in Verhandlungen mit Gebern über ein neues Programm für soziale Sicherung.

Eine Untersuchung des ILO Regionalbüros Amerika schätzt basierend auf den Erfahrungen früherer Rezessionen, dass in der aktuellen Krise die Zahl arbeitender Kinder um rund 250.000 bis 500.000 steigen könnte.

Bisherige Maßnahmen:

Unter den von der ILO im Auftrag der G20 untersuchten Maßnahmen zur Krisenbekämpfung war der Punkt „Zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarbeit“ der am seltensten genannte Indikator (von insgesamt 30).

IPEC bemüht sich darum, dass die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Globalen Beschäftigungspakts dem Kampf gegen Kinderarbeit zugute kommen. In diesem Zusammenhang ist es begrüßenswert, dass viele Entwicklungsländer sich bemühen, vor allem auch die Auswirkungen der Krise auf die Ärmsten zu lindern, wo Kinderarbeit am ehesten droht.

Empfehlungen:

- Fortsetzung der Programme zur Bekämpfung der Kinderarbeit, insbesondere um Kinder aus gefährlicher Arbeit zu befreien;
- Schulbildung, z.B. finanzielle Unterstützung für bedürftige Eltern, die ihre Kinder in die Schule schicken (wie z.B. die Bolsa Família in Brasilien);
- Zugang zu Krediten, v.a. Mikrokredite für arme Haushalte;
- Sozialer Schutz, gezielte Unterstützung von Haushalten mit besonders niedrigem Einkommen.
- Bei öffentlichen Ausgaben und Konjunkturprogrammen Schwerpunkt setzen auf Maßnahmen, von denen v.a. Arme profitieren (z.B. arbeitsintensive öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme).